



Pressemitteilung

Ansbach, 18.12.2012

Offene Linke wählte neuen Vorstand:

Aktionen für Abschaffung der Studiengebühren und für Ansbacher Sozialticket geplant

Die Wählergemeinschaft Offene Linke Ansbach hat jetzt einen neuen Vorstand gewählt. Dabei wurde Stadtrat Boris-André Meyer als Vorsitzender bestätigt. Ebenfalls weiter im Amt bleibt seine Stellvertreterin Kerstin Kernstock-Jeremias. Zum Schriftführer wurde Hermann Enders bestimmt, als Schatzmeister fungiert Jürgen Wangler. Neu im Vorstand ist die Ansbacher Hochschul-Studentin Simone Madl, die für Christof Weisenbacher nachrückt, der aufgrund seines Wegzugs nicht mehr kandidierte. Ebenfalls als Beisitzer wurde Bezirksrat Uwe Schildbach gewählt. Kassenprüferin ist Erika Wantschke.

Die Teilnehmer der Mitgliederversammlung konnten auf ein ereignisreiches Jahr zurückblicken, in der die Offene Linke wichtige Impulse für Weichenstellungen in die richtige Richtung setzen konnte. So wurde etwa die alte Forderung nach mehr Transparenz in Unternehmen mit städtischer Beteiligung seitens der Verwaltung in entsprechende Richtlinien gegossen. Weiterhin konnte sich die Offene Linke mit ihrem Antrag, die Stadt solle ein Sozialticket im ÖPNV anstreben, durchsetzen. Auch in den Haushaltsberatungen konnte die Wählergemeinschaft an einigen Stellschrauben drehen, sei es bei den Geldern für den Radwegeunterhalt oder beim virtuellen Bürgerservice in Form eines modernen Internetauftritts der Stadt.

Für Januar plant die Offene Linke mehrere Aktionen für die Abschaffung der Studiengebühren während der Einschreibzeit für das Volksbegehren vom 17. bis 30.01.: "Unser Ziel ist, dass in Ansbach das landesweit nötige Quorum von 10 Prozent der Wahlberechtigten deutlich überschritten wird." Zudem wird sich die Wählergemeinschaft weiterhin für einen guten und bezahlbaren Busverkehr in Ansbach einsetzen. Neben der Forderung nach einer generellen Tarifsenkung um die Auslastung zu steigern will die Offene Linke dazu beitragen, dass ein Ansbacher Sozialticket nun auch umgesetzt wird. Nach dem Fürther Modell würde dies der Stadt rund 70.000 Euro pro Jahr kosten. "Wir wollen Teilhabe aller Menschen in Ansbach an Mobilität, Kultur und Freizeitgestaltung schaffen", so die Offene Linke abschließend.